

Pressemitteilung
Attac Deutschland
Frankfurt am Main, 4. Mai 2012

*** Gagfah-Verkäufe in Dresden: Attac fordert Ende der Spekulation mit Wohnimmobilien**

* Private-Equity schließt Gemeinwohlorientierung von Wohnungsunternehmen aus

Aus Anlass des drohenden Verkaufs von 38.000 Wohnungen in Dresden durch den Privatinvestor Gagfah hat das globalisierungskritische Netzwerk Attac ein Ende der Spekulation mit Wohnimmobilien gefordert. "Am Dresdner Beispiel wird einmal mehr deutlich: Private-Equity-Gesellschaften haben kein Interesse, Immobilien langfristig zu betreiben und zu erhalten, sondern wollen sie wirtschaftlich ausschachten", sagte Mike Nagler vom bundesweiten Attac-Koordinierungskreis. "Bei den Dresdner Wohnungen wurde in den zurückliegenden Jahren der Großteil der Dividende direkt an den us-amerikanischen Mutterkonzern Fortress weitergeleitet, anstatt in die Bestände zu investieren."

Mit billigen Krediten seien riesige Wohnungsbestände erworben und dann die zuvor funktionierenden Unternehmen nach und nach seziert worden. Lohn- und Verwaltungskosten wurden durch Entlassungen und Lohnkürzungen gesenkt, die Mieten angehoben und dann schrittweise alles wieder losgeschlagen. Mike Nagler: "Die Kosten dafür tragen am Ende die Mieter und Bürger."

Fortress hatte bei der Übernahme der mehr als 47.000 Wohneinheiten sowie weiterer Gewerbeeinheiten im März 2006 1,75 Milliarden Euro an die Stadt Dresden gezahlt – davon 650 Millionen aus Eigenkapital und 1,1 Milliarden aus Krediten. Jetzt will das Unternehmen 1,8 Milliarden Euro für die verbliebenen 38.000 Wohnungen fordern. Mike Nagler: "Das zeigt, dass damalige Verkaufspreis von 2006 viel zu niedrig war. Fortress schöpft nun weiter die Gewinne ab, die ihr von der Stadt ermöglicht wurden."

Attac warnte zudem, mit jedem Weiterverkauf werde die Sozialcharta für die Mieter brüchiger. Schon mit der Gagfah als Eigentümerin hätten massive Verletzungen der sozialen Zusatzabreden auch durch lange Gerichtsprozesse nicht unterbunden werden können.

Carl Waßmuth von der Attac-AG Privatisierung: "Mit jedem erneuten Verkauf wird die Spirale weiter gedreht: Fortress realisiert seine Gewinne, der neue Investor holt sich den stets höheren Kaufpreis wieder von den Mietern. Bezahlbares innerstädtisches Wohnen ist ein Gemeingut, das nicht Finanzinvestoren ausgeliefert werden darf."

Dresden zeigt nach Ansicht von Attac deutlich, dass sich das Renditeinteresse des Investors und der Anspruch an ein gemeinwohlorientiertes Wohnungsunternehmen nicht miteinander vereinbaren lassen. Attac fordert daher eine Rücküberführung der Wohnungen in kommunales oder genossenschaftliches Eigentum, so wie es beispielsweise derzeit die neu gegründete Genossenschaft "fairwohnen" für die zum Verkauf stehenden TLG-Immobilien in Ostdeutschland in Angriff nimmt.

Zudem sei das Betätigungsfeld der Private-Equity- und der Hedgefonds-Branche endlich einzuschränken. Zu der notwendigen umfassenden Regulierung und Schrumpfung der Finanzmärkte gehöre ein Verbot von krisenverursachenden Finanzpraktiken wie denen der Private-Equity- und Hedgefonds.

Für Rückfragen:

* Mike Nagler, Attac Koordinierungskreis, 0179 – 9619 584

* Carl Waßmuth, Attac-AG Privatisierung, 0179 – 7724 335

<http://www.attac-netzwerk.de/ag-privatisierung/>

Frauke Distelrath
Pressesprecherin Attac Deutschland

Post: Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt/M
Tel.: 069/900 281-42; 0151/6141 0268
Mail: presse@attac.de, Fax: 069/900 281-99